Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung

gemäß § 46 (Absatz 1) Nr. 11 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)

zum Befahren öffentlicher Straßen bei bestehenden Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverboten

Über die
Stadt Seßlach
an das
Landratsamt Coburg

Name, Vorname
Wohnanschrift (PLZ, Ort (Stadt/Stadtteil), Straße, Nr.
Telefon

Ich/wir beantrage/n die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung

(Bundes-, Staats-, Kreis-, Gemeindestraße) Staatsstraße 2204 / Kreisstraße CO 16 / Ortsstraßen der Stadt Seßlach		
für den gesamten Bereich der Altstadt Seßlach		
☒ **1.1.2027 – 31.12.2029**	☐ in der Zeit	vom bis

Mit nachstehend aufgeführtem(n) Kraftfahrzeug(en)

☐ Pkw	Amtl. Kennzeichen	☐ Kraftrad Amtl. Kennzeichen	☐ Moped Vers.-Nummer
☐ Kraftomnibus	Amtl. Kennzeichen	Personenzahl	zul. Gesamtgewicht
☐ Lkw	Amtl. Kennzeichen	Ladegut kg	zul. Gesamtgewicht
☐ Anhänger	Amtl. Kennzeichen	Ladegut kg	zul. Gesamtgewicht
☐ Zugmaschine	Amtl. Kennzeichen	Ladegut kg	zul. Gesamtgewicht
☐ Arbeitsmaschine	Amtl. Kennzeichen	☐	

Kurze Begründung für die Notwendigkeit der Ausnahmegenehmigung:

☐ Ich wohne in der Altstadt Seßlach
☐

Ich/Wir stelle(n) in Bezug auf die Ausnahmegenehmigung bereits heute den Träger der Straßenbaulast bzw. für die Verkehrssicherungspflicht zuständige Verwaltung von Entschädigungsansprüchen Dritter frei für Schäden, welche im Rahmen der Genehmigung entstehen. Ferner übernehme(n) ich/wir für jeden von mir/uns angerichteten Schaden am Straßenkörper und Straßenzubehör, der über den Rahmen des durch die übliche Straßenbenutzung entstehenden Schadens hinausgeht, die volle Haftung.
Es ist mir/uns bekannt, dass im Falle einer plötzlich notwendig werdenden Totalsperre kein Rechtsanspruch auf Durchführung der beantragten Fahrten besteht.

Zustimmung des Straßenbaulastträgers bzw. Grundstückseigentümers zu vorstehendem Antrag mit folgenden Auflagen erteilt:
Die v. g. Angaben werden von der Stadt Seßlach bestätigt.
Dem Antrag wird aus der Sicht der Stadt Seßlach zugestimmt.
Seßlach, den ..... Unterschrift

Seßlach, den ....
(Unterschrift des Antragstellers)